



# SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/KII/233 - 11. Oktober 1957

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170  
Fernsprecher 24894 - 33  
Fernschreiber 0 886 890

Hinweise  
auf den Inhalt:

Gewerkschaftsgespräch mit Adenauer	S. 1
Italien und die NATO	S. 3
Warum gaben die Russen Österreich auf?	S. 5
Sputnik und die Westeuropäische Union	S. 6
Raketen, Satelliten und Raumschiffe...	S. 7
Um die Anerkennung der Lehrausbildung der SBZ-Flüchtlinge	S. 8

## Gewerkschaftsgespräch mit Adenauer

rd. Kommuniqués sind meist nichtssagend. Nichtssagend ist auf den ersten Blick auch das Kommuniqué über das Gespräch, das die Gewerkschaftsvorstände mit dem Kanzler und etlichen Ministern hatten, wüsste man nicht um die Vorgeschichte dieser Begegnung. Da war z.B. der warnende Brief des DGB-Vorstandes an den Kanzler vor der Bundestagswahl, in dem er Besorgnis über die nach den Wahlen vorgesehenen Preiserhöhungen äusserte, die ihm so gut wie den Bundeskanzler und seinen Wirtschaftsminister bekannt waren. Der Bundeskanzler hatte diesen Brief, der die Bitte um eine baldige Aussprache enthielt, als reine Wahlpropaganda des DGB zugunsten der SPD bezeichnet, den Wunsch nach einer Aussprache vor den Wahlen geflissentlich überhört. Er hat im Wahlkampf fleissig weiter über Preisstabilität, Erhaltung der Kaufkraft und Wirtschaftskonzunktur geredet- und, wie man nun allgemein weiss, die Wähler irreführt. Die Erinnerung an diesen Tatbestand dürfte dem Kanzler in diesem Gespräch nicht erspart geblieben sein.

Das Kommuniqué dieses Gesprächs, an dem ausser dem Kanzler auch Erhard und Storch teilnahmen, enthält neben der Mitteilung, das konjunktur- und preispolitische Fragen erörtert wurden, die Feststellung: Hinsichtlich der Notwendigkeit, die Stabilität der Wirtschaft und der Preise aufrecht zu erhalten, bestand Einmütigkeit. Die Löhne wurden nicht erwähnt. Dieses Nichterwähnen ist keineswegs nur deswegen selbstverständlich, weil die Gewerkschaften dieses Gespräch gewünscht hatten. Allein die Anwesenheit Erhards hätte garantieren sollen, dass zur -2-

Entlastung seiner eigenen wirtschaftspolitischen Versäumnisse ein bißchen Schuld an der Preisentwicklung auf die Lohnseite fiel. Aber nichts davon.

In der Tat, kaum jemals seit der Preis-Lohn-Diskussion ist so offensichtlich wie nach diesen Wahlen deutlich geworden, dass Preisforderungen ausserhalb jeglichen Einflusses der Lohnentwicklung erhoben werden, die, auch nach den öffentlichen Feststellungen des Bundeswirtschaftsministers, die Stabilität der Kaufkraft, der Währung und unserer Konjunktur gefährden. Sein bissiges Wort vom "kindlichen Irrglauben gewisser Interessenten, man könne sich einen grösseren Anteil am Sozialprodukt sichern als das Sozialprodukt herzugeben in der Lage ist", war angesichts der Preisforderungen des Steinkohlenbergbaues doch ausschliesslich an die Interessentengruppe gerichtet. (Nebendei - es wird dadurch nicht richtiger, dass es diesmal nicht wie gewöhnlich den Gewerkschaften sondern dem Bergbau galt.)

Es gibt also eine gleichgerichtete Sorge der Regierung wie der Gewerkschaften, die Stabilität der Wirtschaft durch ein stabiles Preisniveau aufrecht zu erhalten und so die Kontinuität der Konjunktur zu sichern. Hier hat die preistreiberische Vorwand der Unternehmer also fast zwangsläufig die Lohn Diskussion ausgeschaltet. Ob das, angesichts der kaufkraftmindernden und konjunkturpolitisch so gefährlichen Preistreiberei richtig war, sei dahingestellt. Da die Gespräche in Kürze fortgesetzt werden sollen, ist also kein "Ergebnis" erzielt und sind effektive Massnahmen gegen die Preistreiber also kaum zu erwarten.

Kaum zu erwarten ist aber auch, dass der Kanzler und seine Minister mit dieser Ausklammerung der Lohnfrage eine stillschweigende Zustimmung zu nun notwendigen Korrekturen der verminderten Kaufkraft durch gewerkschaftliche Aktionen geben wollten - obgleich man das Kommuniqué auch so auslegen könnte.

Die Inaktivität der Regierung in der Preisfrage, die sich in leeren Drohungen erschöpft und auf Entscheidungen des neuen Bundestages und der erst noch zu bildenden Regierung zurückzieht, zwingt aber die Gewerkschaften zu Entscheidungen. Auf diese deutete in einer Pressekonferenz sowohl Bernhard Tacke vom DGF-Vorstand, wie Otto Brenner, der Vorsitzende der IG.-Metall hin. Tacke mit der Feststellung, dass wir uns in den letzten Jahren immer in einer permanenten Preisbewegung befunden hätten, die ebenso permanente Lohnbewegungen nach sich zog; Brenner mit dem Hinweis, erhöhte Löhne seien nicht nur Kosten, sondern auch ein konjunkturstabilisierender Faktor. Tacke unterstrich, dass es in diesem Spätherbst und nachfolgenden Frühjahr ebensowenig eine "Lohnwelle" geben werde wie bisher, da sich die gewerkschaftlichen Lohnbewegungen nach festen Terminen, zu den vertraglich vorgesehenen Zeiträumen abzuwickeln pflegen. Brenner erinnerte an Erhards Zugeständnis, die 40-Stundenwoche innerhalb von fünf Jahren einzuführen.

Nach diesem Kommuniqué kann man also erwarten, dass sich weder der Bundeswirtschaftsminister noch der Bundeskanzler, anlässlich der nun geringere und keineswegs wegen der Preisentwicklung allein anstehender Lohnverhandlungen, jeglicher unpassenden Ermahnungen zum Masshalten an die Gewerkschaften enthalten. Schon jetzt wird in den Kreisen der Preistreiber - und nicht nur im Steinkohlenbergbau - wie in der ihnen wohlgesonnenen Presse der Versuch gemacht, den Gewerkschaften trotzdem den "schwarzen Peter" der Verantwortung für die steigenden Preise zuzuschieben. Das haben weder Erhard noch der Kanzler in diesem Gespräch versucht, wie das Kommuniqué beweist.

-3-

Sucht Rom neue Wege ?

H.E.D. Am vergangenen Mittwoch erklärte Italiens Außenminister Giuseppe Pella, auch weiterhin werde das atlantische Bündnis der Ankerpunkt der Außenpolitik seines Landes sein. Wohl niemand in der westlichen Welt, in Europa so gut wie in den USA, hatte bis jetzt offen Zweifel an der Bündnistreue der italienischen Republik geübt. Was also mag Signore Pella Anlass gegeben haben, sich gleichsam gegen nicht geäußerte Vorwürfe zur Wehr zu setzen?

Man geht nicht fehl in der Annahme, dass die derzeitige italienische Außenpolitik in letzter Zeit ein Terrain betreten hat, auf dem zwar nicht von heute auf morgen den geheiligten Prinzipien der atlantischen Welt abgeschworen werden soll, auf dem aber Vorbereitungen getroffen werden, andere Wege als bisher zu gehen. Italien begreift auch heute noch, trotz des Verlustes seiner nordafrikanischen Kolonie Libyen als eine Art Vormacht des Mittelmeeres. Nicht dass man die Auffassung haben müsste, Rom werde wie in den Tagen vor dem zweiten Weltkrieg auf territorialen Gewinn an den Küsten des "mare nostro" ausgehen; vielmehr vollzieht sich Italiens Streben nach mittelländischer Gleichberechtigung in den Bahnen der kulturellen und wirtschaftlichen Expansion. Die Reise des Staatspräsidenten Gronchi nach dem Iran entsprang nicht der persönlichen Laune eines eigenwilligen Staatsmannes, sondern entsprach vollkommen der von Pella entworfenen Linie der italienischen Außenpolitik. Die Freundschaft mit der mohammedanischen Welt und die Zusammenarbeit mit der arabischen Staatsgruppe, wie sie zur Zeit in Rom stark gepflegt und hervorgehoben wird, war immer schon ein Anliegen italienischer Staatsmänner. Und nicht zu Unrecht, denn Italiens Lage erfordert nicht nur die Pflege gutnachbarlicher Beziehungen zu den Völkern jenseits der Alpen, die Brücke zu den Staaten jenseits des Mittelmeers ist geradezu ein "Muss" für Italiens wirtschaftliche und politische Existenz.

Es ist z.B. kein Geheimnis, dass die arabischen Botschafter sich sehr häufig zu einem Stellvertreter in der italienischen Hauptstadt einfinden, und viele Informationen über die Haltung ihrer Regierungen finden via Rom ihren Weg zu den atlantischen Kabinetten. Von diesem Standpunkt aus betrachtet erfüllt Italien eine sehr wichtige europäische Rolle.

Aber- und hier liegt die Fussangel für eine derartige Politik - eine Reihe europäischer Staaten betrachten mit schlecht verhehltem Misstrauen gewisse Vorgänge in der offiziellen und inoffiziellen italienischen Aussenpolitik. Wie schon verschiedentlich gemeldet wurde, haben in letzter Zeit umfangreiche Waffenkäufe der tunesischen Regierung in Italien stattgefunden. Informierte Kreise aus Rom meldeten, die Pariser Regierung habe heftige Vorstellungen beim italienischen Aussenamt erhoben. Noch ist ungeklärt, ob Pella und seine Kollegen in der Sache nachgeben werden, auch wenn Italien der Form halber atlantische Treuebekundungen ablegt. Für Italien steht zumindest in dieser Frage ebenso viel auf dem Spiel wie für Frankreich. Die Freundschaft mit den jungen Staaten würde Italien nicht nur gestatten, in entscheidenden Dingen einen eigenen Weg in der Aussenpolitik des Westens zu gehen, sondern wäre auch für die Stellung Roms im europäischen Konzert der Mächte eine wesentliche Stärkung des eigenen Ansehens. Es ist also nicht von der Hand zu weisen, dass Rom bemüht ist, nicht nur den Draht nach Paris, London oder Bonn aufrecht zu erhalten, auch die Verbindung zu Nordafrika mit dem Nahen und Mittleren Osten wird immer mehr zu einem Eckpfeiler italienischer Politik.

Ob es zu einem Druck Frankreichs auf Rom kommen wird, bleibt zweifelhaft, da Italien, und dies mag auf den ersten Augenblick verblüffend klingen, sich der wohlwollenden Haltung des State Department sicher weiss. Auch in Amerika bricht sich immer mehr die Ansicht Bahn - besonders nach der Niederlage in der syrischen Frage - dass es nützlich für Washington ist, eine Reihe von Mittelstaaten zu finden, die selbst auf die Idee des westlichen Zusammenschluss eingeschworen, doch aufgrund historischer Bindungen über gute Kontaktmöglichkeiten zur arabischen Welt verfügen. So gesehen klingt Pellas Feststellung von vergangenen Mit noch weniger als beruhigende Verteidigung gegenüber Einwüfen von seiten europäischer Partner als vielmehr wie eine Art *conditio sine qua non*, die aber zu vielerlei Ansatzpunkten und neuen Wegen als Vorbereitungs-basis dienen kann. Natürlich werden wir der Idee des europäischen Zusammenschlusses und der atlantischen Gemeinschaft dem Wesen nach treu bleiben, so könnte man die Äusserung des Aussenministers interpretieren, aber Italien wird Wege suchen, um sich selbst wie der Partnerschaft Vorteile zu verschaffen, die auf den alten eingefahrenen Gleisen nicht mehr erreichbar sind.

Ein gutes Beispiel dieser Art von Aussenpolitik bietet die Anknüpfung von engen Wirtschaftsbeziehungen zum Iran. Die alte Form der verschleierte Ausbeutung hat sich als unmöglich erwiesen. An ihre Stelle tritt die auf gleichem Risiko und gleichem Gewinn aufgebaute Zusammenarbeit von Ländern.

Risse in der NATO-Front? Natürlich ja, wenn man die NATO noch als jenes blockhafte Gebilde ansehen will, wie sie zur Zeit noch von Bonn und Paris und anderen europäischen Hauptstädten begriffen wird. Nein, wenn, wie Italien es anstrebt, die NATO sich zu etwas anderen ausdehnen und ausweiten kann, zu einem Gebilde, das mehr einem Bund von Staaten ähnlicher Ideenlage und weniger einem waffenstarrten Lager ähnelt.

Wenn nicht alle Zeichen trügen, versucht Italien, alt blockhafte Vorstellungen abzubauen und seine Politik der geänderten Lage anzupassen zum eigenen Nutzen, aber auch zum Wohl anderer europäischer Völker.

Gebete statt Aufrüstung

sp. Auf der Suche nach der Antwort auf eine Frage, die für Einsichtige längst beantwortet ist, hat Dr. Otto B. Roegele in der letzten Ausgabe des "Rheinischen Merkur" eine geradezu verblüffende Entdeckung gemacht. In einem Artikel über seine Eindrücke vom Wiener Weltkongress der katholischen Presse schildert Dr. Roegele u.a., wie man auf diesem Kongress die Entstehung des österreichischen Staatsvertrages und der darauffolgenden Abzug der russischen und westlichen Besatzungstruppen erörtert hat. Immer wieder sei auf dem Kongress die Frage aufgetaucht, wie es gekommen sei, dass die Sowjets Österreich geräumt haben, wie es möglich war, das Österreich seinen Staatsvertrag bekam, ohne dass eine sichtbare Gegenleistung des Westens erfolgt war. Niemand habe diese Frage eindeutig beantworten können, nicht einmal so hervorragende Politiker wie der österreichische Bundeskanzler Raab. Sogar Raab, der die entscheidenden Verhandlungen geführt hatte, "zuckt nur mit den Achseln". Dr. Roegele meint dazu: "Auch der unbestritten führende Staatsmann Österreichs weiss im Grunde nicht, warum die Sowjets Österreich freigegeben haben."

Nur einer weiss es. Das ist - wörtlich - "ein Wiener Geistlicher, der keineswegs als weltfremd oder auch nur politikfremd gelten darf." Er weiss freilich eine Antwort, und je länger man über sie nachdenkt, um so realistischer und lehrreicher klingt sie:

"Seit einigen Jahren, beginnend in einer Zeit, in der Österreich für alle Ewigkeit unter Vier-Mächte Besetzung zu bleiben schien, schlossen sich gläubige Christen aus allen Volksschichten, Kinder und alte Leute, Bankdirektoren und Putzfrauen, Geistliche und Laien zu einem Kreuzzug des Gebets für die Befreiung des Vaterlandes zusammen. Ihre Zahl ist inzwischen auf Dreihunderttausend angewachsen. Sie haben sich, von vielen belächelt, daran gemacht, mit dem Rosenkranz in der Hand die Rote Armee zu vertreiben."

Dr. Roegele wirft in seinem Artikel die Frage auf, ob es sich nicht vielleicht lohnen würde, "das Experiment auch anderswo, auch in anderen Gegenden der Welt und in anderen nationalen Notständen zu wiederholen." Denn: "Vielleicht erwarten wir in unseren öffentlichen Angelegenheiten wirklich zu viel von den Politikern, und zu wenig von Gott?" -

Wenn es gelegentlich den Politikern der Macht dämmert, dass irgend-etwas schief geht, bemühen sie sich meist intensiv um den lieben Gott. Dagegen wäre nichts einzuwenden. Aber gleichzeitig verwickeln sich dann dieselben Politiker gewöhnlich in böse Widersprüche. Bisher haben nämlich der "Rheinische Merkur" und Herr Dr. Roegele immer eisern die Meinung vertreten, dass gegenüber den Russen nur Adenauers "Politik der Stärke" hilft. Das hat uns in der Wiedervereinigung keinen Schritt weitergebracht, und bekanntlich sind die Russen im Verlauf unserer "Politik der Stärke" nicht schwächer, sondern stärker geworden. Zuletzt haben sie dem lieben Gott sogar ins Handwerk gepuscht und einen neuen Mond in das Weltall gefeuert.

Versuchen wir es doch wirklich einmal mit dem Rezept des Herrn Dr. Roegele. Schicken wir Herrn Strauss nach Hause und mit ihm die ganze "Politik der Stärke". Sie kostet uns sowieso zu viel Geld und Nerven und bringt uns gar nichts ein.

### Nukleare Aufrüstung die Antwort?

sp. Im Ausschussbericht der westeuropäischen Union über den Stand der europäischen Sicherheit wird nüchtern festgestellt, ein militärischer Vorsprung des Westens gegenüber der Sowjetunion bestehe nicht mehr. Die Sicherung des Friedens sei aber nur durch ein militärisches Gleichgewicht zwischen West und Ost möglich. Um dieses zu erreichen, so heisst es in dem Bericht, sei die Ausrüstung von 30 NATO-Divisionen mit taktischen Atomwaffen unerlässlich. Im Interesse der europäischen Sicherheit dürfen nicht nur die USA und Grossbritannien über nukleare Waffen verfügen. "Dieses mächtigste Abschreckungsmittel gehört auch in europäische Hände".

Das Verlangen nach Ausrüstung mit nuklearen Waffen für alle Truppen der westeuropäischen Union ist nicht neu. Schon vor einem Jahr wurde ein Ausschuss beauftragt, die entsprechenden Unterlagen für eine Umrüstung auszuarbeiten. Die gegenwärtige Tagung der WEU bekräftigte zwar als oberstes Ziel der westlichen Politik eine kontrollierte Abrüstung aller herkömmlichen und nuklearen Waffen, aber die Forderung nach atomarer Bewaffnung ist genau der Weg, der zum Gegenteil einer allgemeinen Abrüstung führen muss. Sie ist die politische und wafertechnische Untermauerung jener unglückseligen Politik der Stärke, die durch die gewaltigen Fortschritte auf dem Gebiete der Raketentechnik noch wirkungsloser wurde, als sie es vordem ohnehin schon war. Eine solche politische Faltung entspringt dem Gestern und verhaart den Weg für die Zukunft. Wer es bis zum 4. Oktober noch begriffen hatte, der müsste es von diesem Tage an begreifen: Die Sowjetunion ist heute in der Lage, jeden Punkt der Erde mit Raketen zu erreichen und im Falle des Falles werden sie dorthin abgeschossen werden, wo auf westlicher Seite wirkliche oder vermutete Basen und Lagerstätten für Atomwaffen bestehen.

Wenn nun die Ausrüstung aller westeuropäischen Truppen mit Atomwaffen die Antwort auf Sputnik sein sollte, dann geht dieses Rest-Europa wahrhaft düsteren Zeiten entgegen - von den inflationistischen Wirkungen eines konzentrierten Wettübens völlig abgesehen. Jeder Mitgliedstaat hätte es dann in der Hand, einen lokalen Konflikt, mit dem ja die Vereinigten Staaten gegebenenfalls rechnen, zu einer Selbsterstörung Europas auszuweiten. 15 Staaten im Besitz von Atomwaffen machen gerade die von den Westmächten so gewünschte Kontrolle nahezu unmöglich. Wenn es schon nicht gelang, als das Gleichgewicht des Schreckens noch bestand, mit der Sowjetunion politische Konzessionen auszuhandeln, wie will man diese erreichen, da sich nun das Gleichgewicht der Kräfte zumindest für absehbare Zeit zugunsten der Sowjetunion verlagert hat? Wäre es nicht viel naheliegender, die Sowjetunion zum beim Wort zu nehmen und ihre Vorschläge so ernsthaft zu diskutieren, wie sie es verdienen? Die westliche Politik hat in den vergangenen Jahren so manche gegebene Chance - man denke nur an die russische Note vom 13. März 1952 - versäumt. Es wäre tragisch, dieser Kette von Versäumnissen neue Glieder hinzuzufügen, die Folgen könnten unüberschaubar sein.

Weltweite Nivellierung der Luftfahrttechnik

H.M. Im Gegensatz zum "so stille gehenden"- echten - Mond zieht der russische Erdsatellit recht spektakulär seine Kreise. In der freien Welt erweckte seine Flucht aus dem Schwerefeld der Erde Angst und Beklemmung, Erstaunen oder Bestürzung, jedenfalls die ganze Skala der Gefühle, die sich in der Konfrontierung mit unerwarteten Ereignissen als menschliche Reaktion einzustellen pflegen. Man ist erstaunt, nicht weil der künstliche Mond tatsächlich rotiert - in den letzten acht Jahren wurden immerhin nicht weniger als 200 Höhenforschungsraketen abgeschossen, und die Amerikaner basteln schon seit langer Zeit an ihrem "Mouse"-Projekt (Minimum Orbital Unmanned Satellite Earth)-, sondern man ist perplex, weil es die Sowjet-Russen waren, die ihn auf seine verwegene Reise schickten.

Würde man die russische Luftfahrtentwicklung der Nachkriegszeit etwas sorgfältiger beobachtet haben, wäre der Überraschungseffekt weit aus geringer geblieben. Schliesslich weiss alle Welt, dass die Russen nach ihrem Einmarsch in Ost- und Mitteldeutschland nicht nur die Fernlenkwaffen-Versuchsstation Peenemünde samt ihren Einrichtungen und hinterlassenen Prototypen demontierten, sondern der Einfachheit halber den gesamten Arbeits- und Forschungsstab nach erfolgreicher Treibjagd hinter den Ural verpflanzten. Und alle Welt wusste ferner, dass die deutschen Wissenschaftler in den Jahren 1944-45 ausserordentliche Fortschritte erzielen konnten, dass ihr Vorsprung gegenüber den Experten der damaligen Kriegsgegner auf 12 Jahre zu veranschlagen war, und dass sie mit Versuchseinrichtungen arbeiteten, die hinter den modernsten Laboratorien von heute nicht zurückstehen. Als unmittelbaren Nachfolger der deutschen sogenannten "V-Waffen" präsentierten die Sowjets schon vor längerer Zeit ihre "G 14", eine Fernlenkwaaffe mit der mittleren Reichweite von 2 700 km.

Aber auch im "konventionellen" Flugzeugbau profitierte Russland von der erzwungenen Mithilfe deutscher Techniker. Erinnerung sei nur an das ehemalige Junkers-Team, das in Fedberesje Düsenbomber und Triebwerke entwickeln musste. Darüber hinaus haben sich die russischen Techniker im Zuge der weltweiten Nivellierung aller spezialisierten Wissenschaften dem internationalen Leistungsstand angepasst und sich mit zahlreichen Eigenentwürfen in die vorderste Front der Flugzeugbauer eingereiht. In

Nester wurde nur - dank der östlichen Publikationsfeindlichkeit - über diese Vorgänge wenig berichtet. Drei Jahre nachdem die britische "Comet" nach einer katastrophalen Unfallserie aus dem Verkehr gezogen wurde, absolvierte die zweistrahlige TU-104 ihren erfolgreichen Erstflug. Aber es verging fast ein weiteres Jahr, ehe die Sowjets in London die Geheimnisse ihres zivilen Düsen-Erstlings wenigstens teilweise lüfteten. Und als Prof. Heinkel sich vor wenigen Monaten kritisch über die aerodynamischen Qualitäten der TU-104 äusserte, begegnete ihm nur das hintergründige Lächeln der Besatzung. Die UdSSR hielt die TU-110 - den verbesserten Nachfolger für 100 Passagiere und Reisegeschwindigkeiten von über 800 km/h - schon bereit. Sie wurde im Juli den in Moskau akkreditierten Journalisten zusammen mit vier weiteren neuen Typen in Mnurow vorgeführt. Mit dem Erscheinen eines 180-Personen-Transporters ist noch im Laufe dieses Monats zu rechnen. So sorgt die UdSSR für "Überraschungen" am laufenden Band, die allerdings für die Fachwelt keine sind.

\* \* \*

#### Unnötige Härten

Der Hauptausschuss der Arbeiterwohlfahrt hat die Anregung des Arbeitsausschusses für Handwerksfragen bei der IG Metall begrüsst, die Lehrausbildung und erfolgreicher Gesellen- und Gehilfenprüfungen der SBZ in der Bundesrepublik anzuerkennen. Bisher hatte die Tatsache, dass die Ausbildung in der Zone nach anderen Massstäben und unter anderen Bedingungen durchgeführt wird, der westdeutschen Industrie Veranlassung gegeben, die Lehre in der Zone als nicht gleichwertig mit der in der Bundesrepublik anzusehen und beim Einsatz des Jugendlichen in seinen neuen Arbeitsplatz entsprechend zu verfahren.

In einer Stellungnahme des Bundesministeriums für Arbeit aus dem Jahre 1956 heisst es, dass "in der Anerkennung von Lehr- und Meisterzeugnissen grosszügig und wohlwollend verfahren werden soll, dass aber aus fachlichen Gründen eine globale Anerkennung nicht ausgesprochen werden kann".

Der Arbeitsausschuss für Handwerksfragen bei der IG Metall



weist aber darauf hin, dass eine derartige Regelung für alle Fälle ungerechtfertigt sei, im Hinblick auf die Tatsache, dass die im Ausland abgelegten Prüfungen ohne weiteres in der Bundesrepublik anerkannt werden. Die Erfahrungen, die das Referat Jugendsozialarbeit beim Hauptausschuss der Arbeiterwohlfahrt gemacht hat, zeigen ausserdem, dass sich die jugendlichen Facharbeiter aus der Zone mit wenigen Ausnahmen in den Betrieben der Bundesrepublik behaupten können.

Dies beweist auch die gemeinsame Untersuchung des Landesarbeitsamts Baden-Württemberg und des Jugendsozialwerks Ludwigsburg vom August 1957, in der festgestellt wird, dass 52 % der beobachteten jugendlichen Flüchtlinge sechs Monate nach ihrer ersten Arbeitsaufnahme in der Bundesrepublik noch am gleichen Arbeitsplatz beschäftigt sind. Die Facharbeiter- oder Handwerker Ausbildung in Mitteldeutschen kann also im allgemeinen als ausreichend angesehen werden. Es ist selbstverständlich, dass von dem jungen Mann, der nach Abschluss der Lehre in einen anderen Betrieb überwechselt, nicht von erster Tage an eine volle Arbeitsleistung erwartet werden kann. Es muss jedem jungen Facharbeiter, gleichgültig ob er aus der Zone kommt, oder ob er seinen Arbeitsplatz von einem kleiner westdeutschen Betrieb in einen grossen verlegt, eine gewisse Anlaufzeit bis zur vollwertigen Leistung zugebilligt werden. Lässt man dem Jugendlichen aus der SBZ diese Zeit, so wird er sich etwaige fehlende Kenntnisse aneignen, wobei ihm jede Hilfe von Grossbetrieb gewährt werden müsste.

Die Anerkennung des Gesellen- oder Facharbeiterbriefes des SBZ-Jugendlichen wird diesem noch dazu Auftrieb geben, vorhandene Lücken schnell auszugleichen. Es liegt im Interesse einer schnellen Eingliederung der jungen SBZ-Flüchtlinge in die Bundesrepublik, die Lehrzeugnisse grundsätzlich anzuerkennen und im Bedarfsfalle für die Facharbeiter, die den westdeutschen Ansprüchen absolut nicht genügen, entsprechende Förderungsmöglichkeiten zu schaffen.

(Entnommen aus den Pressemitteilungen der Arbeiterwohlfahrt.)

\* \* \*